

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 97 (2000)
Heft: 7

Rubrik: Aus der SKOS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Integrationspolitik: Ziele nicht Zahlen zählen

Bundesrätin Ruth Metzler

Referentin an der SKOS-Mitgliederversammlung im Berner Kursaal

Vor den SKOS-Mitgliedern sprach Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold über «Integration als gesellschaftliche Aufgabe». Sie plädierte für mehr Vertrauen in die Integrationskraft der Schweiz und wandte sich gegen Pauschalurteile und Feindbilder, gerade in Bezug auf die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Zehntausende Männer und Frauen hätten vor dem Zusammenbruch Jugoslawiens hier gearbeitet und gelebt, Zehntausende würden auch seither unauffällig hier leben.

Der Kanton und die Stadt Bern machten der SKOS-Mitgliederversammlung ebenso ihre Aufwartung wie Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold. Regierungsrat und Fürsorgedirektor Samuel Bhend bezeichnete die SKOS als «zentrale Organisation» in der Sozialhilfe, die dank ihrer öffentlichen und privaten Mitglieder eine «integrierende Brückenfunktion» wahrnehmen könne. Die Tendenz, den in den SKOS-Richtlinien vorgesehenen Grundbedarf II völlig zu streichen, bezeichnete Bhend als «kurzsichtig», kündigte aber an, der Kanton Bern werde ihn aufgrund des «finanzpolitischen Spardrucks» auf den Minimalwert kürzen (vgl. dazu Artikel Seite 110). «Zähneknirschend», so Gemeinderätin und Fürsorgedirektorin Ursula Begert, habe die Stadt Kürzungen vorgenommen und damit ein Zeichen gesetzt: Auch die Fürsorge müsse sparen, sie sei kein «Biotop». Während Begert für eine allgemeine Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien eintrat, hielt sie gleichzeitig fest, diese seien «nicht in Stein gehauen» und dürften nicht abgehoben sondern müssten

anpassungsfähig sein. Eine weitere Aufgabe der SKOS-Mitglieder und -Fachleute sieht Begert darin, dass sie die PolitikerInnen mit «einfachen, verständlichen, kurzen Papieren» für ihre Debatten munitionierten. Von der Wirtschaft wiederum erwartet die Gemeinderätin Unterstützung beim Paradigmen-Wechsel, der wegführt von der an Defiziten der KlientInnen ausgerichteten hin zu der an ihren Ressourcen orientierten Unterstützung. Dafür brauche es innovative Kräfte, gute Methoden und neue Projekte sowie die Mithilfe der Wirtschaft.

«Starke Integrationskräfte»

In ihrem Referat zur Integrationspolitik warnte Bundesrätin Ruth Metzler davor, «soziale Fragen vorschnell als Ausländerfragen abzutun». Dies verletze, und AusländerInnen fühlten sich durch solche Zuschreibungen als «wirtschaftliche Last». Selbst wenn die «Ausländerproblematik» mit sozialen Bedingungen zu tun habe, würden Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Suchtproblematiken oder Spannungen zwischen den Generationen alle treffen. So möchte Metzler auch nicht trennen zwischen der Integration von AusländerInnen und der sozialen Integration von Einheimischen. «Armut ist unabhängig vom Pass schwer zu ertragen», meinte die Bundesrätin. In der Schweiz seien starke Integrationskräfte wirksam, sagte Metzler, und plädierte für mehr Vertrauen in diese Prozesse; die Schweiz habe es damit verstanden, ver-

schiedene Volksgruppen in die Gesellschaft aufzunehmen. Sie hob besonders die Beiträge von Wirtschaft, Bildungswesen und Sozialbehörden hervor und betonte die beachtlichen «sichtbar und verborgen» erbrachten Integrationsleistungen der AusländerInnen.

Ziele nicht Zahlen

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes ging auch auf die vielfältigen Schwierigkeiten im täglichen Zusammenleben ein. Insbesondere die hohe Kriminalität ausländischer Personen mache ihr Sorgen. Es gelte, Gewalt und Delinquenz unabhängig der Nationalität ihrer Verursacher zu bekämpfen. Gleichzeitig wandte sie sich gegen Pauschalurteile und Feindbilder etwa gegenüber Menschen aus dem früheren Jugoslawien. Damit werde Zehntausenden von Frauen und Männern Unrecht getan, die friedlich und unauffällig bei uns lebten, sagte Metzler.

Die Integrationspolitik müsse sich an ihren Ziele und nicht an Zahlen orientieren. «Die Integrationsfähigkeit und -bereitschaft einer Gesellschaft lässt sich nicht in Zahlen fassen und nicht auf Zahlen fixieren», sagte Metzler. So sprach sie sich etwa gegen die 18-Prozent-Initiative aus, die demnächst zur Abstimmung gelangt, und plädierte für eine Verstärkung der Integrationspolitik. Im anschliessenden Gespräch mit dem Journalisten Rolf Probala betonte Ruth Metzler, sie wolle in Sachen erleichterte Einbürgerung eine «gute Lösung» und zwar schnell. Die entsprechende Arbeitsgruppe sei ausserdem beauftragt worden, sich mit den Einbürgerungsverfahren zu befassen.

Gerlind Martin /pd

Statutarisches und Wahlen

Die Mitgliederversammlung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) genehmigte diskussionslos sämtliche vom Vorstand vorgelegten Geschäfte. Die Rechnung 99 schloss mit einem Gewinn von 3'700 Franken, das Budget 2000 rechnet mit einem Verlust von 1'000 Franken. Für die nächste Versammlung bereitet der Vorstand eine Vorlage mit erhöhten Beiträgen vor, die laut Vorstand «mehr Beitragsgerechtigkeit» und Anpassungen an die aktuelle Umstrukturierung im Sozialhilfebereich bringen soll. Neu wird ein Treuhandbüro als Revisorenstelle amten; die langjährigen Revisoren Hermann Scheidegger und Ernst Schneibel wurden als Anerkennung für ihre Arbeit in den Kreis der Ehrenmitglieder aufgenommen. Theo Keller, St. Gallen, laut SKOS-Präsident Schmid «der letzte aus dem Urgestein» des Verbandes, trat als Vorstand zurück, ebenso Daniel Anex, Liestal (BL) als Vizepräsident; während Anex neues Ehrenmitglied ist, fiel Keller diese Ehre bereits früher zu. Die Versammlung bestätigte Walter Schmid, Zürich, als Präsidenten und wählte für die vierjährige Amtszeit in globo fünfzehn neue ehrenamtliche *Vorstandsmitglieder*: Regula Unteregger, BE, Rudolf Schaffner, BL, Michel Gönczy, GE, Jean-Marc Veya, JU, Anton Pfleger, OW, Ursula Blosser, SG, Martin Patzen, SZ, Florentina Wohnlich, TG; Philippe Gnägi, ARTIAS-Vertreter, Neuenburg; Ruedi Hofstetter, Affoltern a.A., Hans-Rudolf Jegerlehner, Biel, Peter Ley, Oberwil, Rolf Maegli, Basel; Rolf Widmer, Directeur du Service Social International, Genève; Robert Fluder, Neuenburg (mit beratender Stimme). *gem*

Die Menschen aus der Sozialhilfe hinausbringen

SKOS-Präsident Walter Schmid zur Zukunft des Fachverbandes

Rückblickend auf die «schwerste Rezession der Nachkriegszeit» hielt Walter Schmid, bestätigter SKOS-Präsident und Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich, fest, die Sozialhilfe habe ihre Bewährungsprobe bestanden. Doch wichtige Aufgaben und Entwicklungsprozesse warten.

Für die bestandene Bewährungsprobe seien der ausserordentliche Einsatz aller MitarbeiterInnen ebenso verantwortlich, wie die Anpassungen an die veränderten Bedingungen und die in Behörden und Bevölkerung verankerte Solidarität mit den Schwachen «auch in schwierigen Zeiten». «Wir können aufatmen», meinte Schmid hinsichtlich des Aufschwungs der Wirtschaft und der zwar auf hohem Niveau aber seit einem halben Jahren stabilen Zahlen der SozialhilfeempfängerInnen.

An Aufgaben wird es der SKOS dennoch nicht mangeln. So sollen die SKOS-Richtlinien weiterentwickelt werden, auch wenn erste Ergebnisse der laufenden Evaluation eine «recht breite Zustimmung» erwarten liessen. Der Verband müsse ferner darauf hinwirken, dass die Hilfe für Arbeitslose und die Sozialhilfe besser ineinander greifen: Bei der anstehenden Diskussion um die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird er demnach gefordert sein. Präventiv sei auch der Einsatz der SKOS für eine Familienpolitik mit Massnahmen, «die Armut nicht nur kurieren sondern ihre Ursachen angehen». (Dreissig Prozent aller SozialhilfeempfängerInnen sind Kinder und Jugendliche!) Zentrale Aufgabe ist es laut Walter Schmid, «den Menschen am Rande der

Gesellschaft wieder einen Platz in der Gesellschaft zu geben», sie also wieder aus der Sozialhilfe hinaus zu bringen. Dafür müssten den KlientInnen Berufsqualifikationen vermittelt werden, welche sie nicht überfordern, und gleichzeitig sollte sich die Sozialhilfe dafür einsetzen, dass neben High-Tech-Arbeitsplätzen auch solche entstehen, in denen Menschen, «die langsamer «ticken»», sich bewähren können.

Chancenreicher Brückenbau

Die SKOS will ausserdem Beziehungen und Zusammenarbeit mit kantonalen Gremien, zwischen öffentlichen Diensten und privaten Werken, zwischen Profis und «Milizern» in der Sozialhilfe verstärken. Neue Banden knüpfen zwischen Deutsch- und Westschweiz und ihren Brückenbau zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden als besondere Chance auffassen. Mit ihrer Arbeit erfüllten Sozialhilfe und SKOS «einen zentralen gesellschaftlichen Auftrag», sagte Walter Schmid nicht ohne Stolz. «Wir sorgen dafür, dass unser Verfassungsauftrag der Existenzsicherung nicht toter Buchstabe bleibt (...). So arbeiten wir denn an nichts mehr und nichts weniger als an einer gerechten, solidarischen Schweiz.»

Die Apéro-Musik von «Ménage à trois» mit Polo Hofer, Tinu Diem und Marianna Polistena passte an diesem strahlenden Tag gut zur heiteren und gelösten Stimmung der SKOS-Mitglieder im Berner Kursaal.

gem

«Familiensplitting» entlastet Familien mit Kindern am stärksten

SKOS-Vernehmlassung zur Revision der Familienbesteuerung

So recht froh wird die SKOS mit der vorgeschlagenen Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung nicht, da sie «keinen wesentlichen Beitrag zur Entlastung von einkommensschwachen Familien mit Kindern» leiste. Unter dem Aspekt des Familienlastenausgleichs favorisiert sie das Modell «Familiensplitting».

Bis Ende Monat läuft die Vernehmlassung über die bundesrätliche Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung (vgl. ZeSo 2/2000). Die SKOS macht in ihrer Stellungnahme deutlich, dass mit dieser Bundessteuer einkommensschwache Familien kaum entlastet werden, da diese keine oder nur geringe Bundessteuern bezahlen. Hingegen beeinflusse die Wahl des Steuermodells auf Bundesebene die kantonalen Steuergesetzgebungen – also jene, die, zusammen mit den Steuertarifen von Kantonen und Gemeinden, für Sozialhilfebeziehende und Einkommensschwache ausschlaggebend seien. Die SKOS beurteilt die Vorlage ausschliesslich unter dem Aspekt des Familienlastenausgleichs und stellt fest, dass die vorgeschlagene Reform «keinen wesentlichen Beitrag zur Entlastung von einkommensschwachen Familien mit Kindern» leiste. Sie bedauert, «dass die Reform der Familienbesteuerung nicht im Rahmen eines erweiterten familienpolitischen Mandates erfolgt ist. Ein effektiver Familienlastenausgleich ist aus unserer Sicht dringend erforderlich.»

Aus der Reform der Familienbesteuerung resultieren Mindereinnahmen von gegen 1,3 Milliarden Franken. Die SKOS

kritisiert, dass vor allem Alleinstehende ohne Kinder in den oberen Einkommensbereichen entlastet werden. Dies sei politisch fragwürdig. Die SKOS befürchtet, diese Entlastung könnte indirekt zuungunsten der Einkommensschwachen gehen, müssten die Einkommensausfälle doch andernorts – zum Beispiel bei den Sozialausgaben – wieder eingespart werden. Konkret fordert die SKOS, im Gesetz sei festzuhalten, dass Einkommen, die unter dem sozialen Existenzminimum liegen, nicht besteuert werden. Ferner möchte sie eine Ausdehnung der Familienphase: Familien sollten nicht länger beschränkt werden auf «Gemeinschaften mit minderjährigen Kindern (bis 18 Jahre)», sondern neu den Zeitraum bis zum Abschluss der Erstausbildung der Kinder, bzw. bis zum Alter von 25 Jahren, umfassen. Weiter fordert die SKOS einen einkommensabhängigen Kinderbetreuungsabzug, wo bei sie die vorgesehene maximale Grenze von 4000 Franken als zu tief kritisiert. Dieser Betrag decke nur einen geringen Teil der effektiven Kinderkosten.

«Familiensplitting»

Unter dem Blickwinkel des Familienlastenausgleichs favorisiert die SKOS das Modell «Familiensplitting», das als einziges Personen mit Kindern begünstigt und von einem kindbezogenen Familienverständnis ausgeht. Es sei anders als alle anderen Modelle angepasst an die le-

benszyklischen Phasen mit Kindern. In den übrigen Lebensphasen sieht es eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung vor. Dieses Modell diskriminiert keine Familienform. Gerlind Martin

Die Stellungnahme der SKOS zur Familienbesteuerung kann integral bezogen werden bei: Geschäftsstelle der SKOS, Fax 031/326 19 10, e-mail: ruder@skos.ch

Modell «Familiensplitting»

Beim Steuermodell «Familiensplitting» handelt es sich um eine Kombination von Gemeinschafts- und Individualbesteuerung (siehe unten). Demnach werden alle erwachsenen steuerpflichtigen Personen, auch Ehe- und Konkubinatspaare, unabhängig vom Zivilstand grundsätzlich individuell besteuert. Ehepaare und Konkubinatspaare mit minderjährigen Kindern werden dagegen als wirtschaftliche Einheit betrachtet und gemeinsam, aber zum Satz des hälftigen Gesamteinkommens besteuert. «Anknüpfungspunkt für das Splittingverfahren ist somit nicht mehr

die eheliche Gemeinschaft, sondern allein das Zusammenleben mit Kindern in einem Haushalt.»

In der Vernehmlassung werden zwei weitere Modelle zur Diskussion gestellt. «Vollsplitting mit Wahlrecht»: Verheiratete Personen werden als wirtschaftliche Einheit besteuert, Konkubinatspaare haben ein Wahlrecht, um wie Ehepaare vom Vollsplitting profitieren zu können (die gemeinsamen Einkünfte werden zum Satz des halben Gesamteinkommens besteuert). «Individualbesteuerung modifiziert»: Jede Person wird ungeachtet ihres Zivilstandes individuell besteuert. gem

«Es könnte alles ja auch anders kommen»

Interview mit Walter Schmid, SKOS, vor dem Uno-Sozialgipfel

Welche Resultate erwartet die SKOS vom Uno-Sozialgipfel in Genf? Ein klares Bekenntnis, dass die wirtschaftliche Globalisierung einer sozialen Steuerung bedarf sowie – innenpolitisch – die Umsetzung des von zehn Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten Aktionsplanes: soweit Walter Schmid, SKOS-Präsident und «grundsätzlich optimistisches» Mitglied der Schweizer Beobachterdelegation, in einem Gespräch mit der ZeSo vor dem Gipfel.

Der Uno-Sozialgipfel «Kopenhagen + 5» fand Ende Juni statt (die ZeSo kommt in der August-Nummer auf die Ergebnisse zurück). Zehn Schweizer Nichtregie-

rungsorganisationen, unter ihnen die SKOS, hatten im Vorfeld nicht nur «einen Kurswechsel in der weltweiten Wirtschafts- und Sozialpolitik» gefordert, sondern gleichzeitig einen nationalen Aktionsplan erarbeitet (vgl. ZeSo 6/2000). Walter Schmid, heute SKOS-Präsident und Mitglied der Schweizer Beobachterdelegation, war bereits 1995 am Sozialgipfel in Kopenhagen dabei, und hielt im Nachgang unter anderem fest: «Auch wenn Adjektive wie «global», «universal» und «international» zum Arsenal der Worthülsen eines Weltgipfels gehören, hatte man doch das Gefühl, dass die